

2018

dem andern stiegen alle hinab, überraschten beim Morgenrot die Römer und vernichteten die von einer Panik Ergriffenen.

Aber was aus diesem Siege machen? Ja, wenn es nur auf Spartacus angekommen wäre! Er würde sich nach dem Gebirge gewandt haben. Zu Lande, nach Norden zu, wären Thraker und Gallier in ihre Heimat gelangt.

Groß war nach diesem ersten Siege die Zahl derer, die sich den Aufrührern anschlossen. 10 000 waren es jetzt, die auf den Ruf des Spartacus angekommenen waren — Männer aus allen Völkern, Gallier, Thraker, Numidier und Spanier. Neue Führer traten auf: Crigus, Denomäus. Bataillone bildeten sich — eine ganze organisierte Armee. Brennend und mordend zerstreuten sich die Sklaven über das entsetzte Campanien. Das war die Rache! Wo sollte der Sklave Mäßigung und Milde gelernt haben?

Spartacus aber litt; er wußte, daß die Freiheit das große, das einzige Gut der Menschen ist. Er wußte, daß man, um sie zu besitzen, um sie zu verteidigen, selbst wirklich innerlich frei sein muß. Er rief den Mut an; er zeigte allen, daß sie keine Wahl hatten: entweder mußten sie immer siegen oder sie würden einen schmachvollen Tod erleiden. Um zu siegen, mußte man sich selbst beherrschen können, durfte man sich durch Plünderungen nicht verderben lassen.

In einer süditalienischen Stadt, in Turium, wohin er seine Truppen nach den ersten Siegen geführt hatte, bemühte sich Spartacus, einen neuen und reinen Staat zu gründen, wie er ihn geträumt hatte, einen Staat, in dem es keine Sklaven gab, der einzig von freien Menschen gebildet wurde. Er lehrte seinen Gefährten, selbstdisziplinierte Soldaten zu sein, mit den Kaufleuten, die in das Lager kamen, ehrlich zu handeln, Gold und Silber zu verachten.

So verging der Winter. Aber Rom rüstete. Rom konnte nicht dulden, daß sich mitten in Italien ein neuer Staat bildete, daß Spartacus die ungeheure Masse der Sklaven in die Freiheit rief. Truppen wurden gesandt: die beiden Konsuln, d. h. die beiden Häupter der Regierung, waren beauftragt, die Sklavenheere zu schlagen. Crigus, der Gallier, wurde besiegt und getötet; aber Spartacus wandte sich nach Norden, traf mit den beiden Konsuln zusammen und besiegte sie.

Von neuem herrschte Schrecken in Rom.

„Wir wollen gegen Rom ziehen, sagten die meisten Sklaven. Wir wollen die Hauptstadt ihrer Reichthümer berauben, wir wollen die Herren der Herren töten.“ Aber Spartacus wandte sich, ohne seine Absicht zu sagen, nach Norden; er zog seine Gefährten mit sich nach den freien Ländern, fern von Italien, fern von diesem Herd der Schande und der Unterdrückung, nach den Weiden Thraikiens, um dort — so träumte er — mit reinen Menschen frei zu leben.

Aber bevor er Italien verließ, wollte auch er seine feierliche und furchtbare Rache. An den Ufern des Po errichtete er zu Ehren des Crigus, seines gefallenen Kameraden, einen ungeheuren Scheiterhaufen und zwang hier, während die Armee der Aufrührer frohlockte, die römischen Bürger, die er gefangen hatte, ihrerseits Spiele zu geben, wie Gladiatoren unter sich zu kämpfen.

Aber der Fluß war über seine Ufer getreten. Man mußte warten, um ihn zu überschreiten, und während dieser Tage kam die Masse der Sklaven — es waren ihrer jetzt mehr als 100 000 — in Erregung. Stolz, von ihrem Triumph erhoben, weigerten sie sich, Italien zu verlassen. Spartacus, gezwungen, ihnen zu folgen, kehrt um.

Schrecken herrschte in der Republik. Wer würde die Sklaven züchtigen, wer den Staat retten?

Ein Mann bot sich dem römischen Volke an, Marcus Licinius Crassus. Er war einer der mächtigsten Kapitalisten Roms und stammte aus reicher Familie. Ein zäher und unflüchtiger Geldmann,

hatte er sehr große Geschäfte gemacht. Er war ehrgeizig, er sucht Ruhm. Er schien der zum Kampfe gegen die aufrührerischen Sklaven die die Quelle der Reichthümer trockenlegen konnten, auserwählte Mann zu sein.

Lange Monate dauerte nun ein heftiger, unabsehbarer Krieg zwischen den Sklaven und den Heeren des Crassus. Crassus hatte seine Leute hart erzogen. Eine Legion war, von Furcht ergriffen, zurückgewichen. Crassus dezimierte sie, d. h. er ließ jeden zehnten, durch das Los bestimmten Mann vor den Augen der andern töten. Dann führte er seine Truppen gegen Spartacus, der, nach Süditalien zurückgekehrt, nach Sizilien gehen wollte, um dort den Aufruhr zu wecken, da die Sklaven dort zahlreich und der Empörung nahe waren.

Die Sklaven wurden mehrere Male geschlagen, ebenso Crassus. Die Römer hatten versucht, Spartacus zwischen dem Meer und einem von seinen Truppen gut verteidigten Graben einzuschließen. In einer stürmischen Nacht, als der Schnee in großen Flocken herunterfiel, ließ Spartacus den Graben an einer Stelle zuschütten und überschritt ihn mit einem Drittel seiner Armee. Es schien unmöglich, ihn festzuhalten.

Aber die Sklaven waren unter sich gespalten. Die lange Knechtschaft hatte zu demoralisierend auf sie gewirkt. Es war nicht möglich, sie zu einheitlichem Handeln zusammenzuhalten. Und selbst die Ueberlegenheit und Einsicht, die moralische Größe des Helden Spartacus vermochte es nicht. Ihrem rebellischen Drang stand die organisatorische Macht Roms gegenüber. Spartacus wurde geschlagen. Die Sklaven wurden zu Hunderten hingeschlachtet. Die übrigen mußten ins Sklavenjoch zurück. Es war die größte Sklavenrebellion Roms. Und sie ist eins der lehrreichsten Kapitel in der Geschichte der Befreiungskämpfe der Unterdrückten.

Zeugen und Rufer.

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Cassalle: Politische Aufsätze. (1863.)

Ihr nennt euch Christen und ihr gründet eure Macht noch auf die physische Gewalt, ihr seid nur noch die Nachfolger Cäsars. Ihr vergeßt, daß die wahren Christen es sich zum Endzweck ihrer Arbeit setzen, der Macht des Schwertes, der Macht Cäsars, die ihrer Natur nach im wesentlichen provisorisch ist, vollständig ein Ende zu machen.

Graf von Saint-Simon: „Das neue Christentum“. (1825.)

Der Kanzler spricht:

Natur und Geist — so spricht man nicht zu Christen. Deshalb verbrennt man Atheisten, weil solche Reden höchst gefährlich sind. Natur ist Sünde, Geist ist Teufel! Sie hegen zwischen sich den Zweifel, ihr mißgestaltet Zwitterkind. Uns nicht so! — Kaisers alten Banden sind zwei Geschlechter nur entstanden; sie stützen würdig seinen Thron; die Heiligen sind es und die Ritter; sie stehen jedem Ungewitter und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn.

Goethe.

Ruhe.

Ruh' um jeglichen Preis! So wills der besitzende Bürger! Wär ihm die Freiheit wert, setzt er auch diese daran. Hoffmann von Fallersleben.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 23

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 25. November 1916

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Bfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellschein

Inhalt:

Friedensglocken (Fort.)	Seite 177
Die sozialpatriotische Presse zur Polenfrage	178
Weshalb der Zusammenbruch kommen mußte	180
Nacht	181
Aus unserm politischen Tagebuch	183
Feuilleton:	
Ein Jubiläum	183

Friedensglocken.

1. Keine Annexionen! Befreiung der Völker!

Am 5. November verkündeten die Centralmächte, daß sie gewillt sind, aus Rußisch-Polen einen selbständigen Staat zu machen. Vier Tage später erklärte der Reichskanzler, daß es niemals in der Absicht der deutschen Regierung gelegen habe, Belgien zu annektieren. Darauf begannen von den Türmen der sozialpatriotischen Presse Deutschlands die Friedensglocken zu läuten. Müßten denn diese Kundgebungen der deutschen Regierung nicht selbst die verbohrtesten Köpfe der französischen und englischen Regierungsmänner überzeugen, daß Deutschland an keine Vergewaltigung schwächerer Völker denkt, daß es einen ehrlichen Frieden will? Und falls die französischen und englischen Staatsmänner den Krieg weiterführen wollen, weil sie selbst an Annexionen denken, wird das Friedensangebot Bethmann-Hollwegs nicht das französische, englische und russische Volk gegen seine Regierungen auf die Beine bringen?

Schon liegen die Stimmen der wichtigsten Presseorgane des Auslandes vor, und sie sind aller Welt bekannt geworden. Was also antwortet die Regierungspresse Frankreichs und Englands? Deutschland befreit Rußisch-Polen vom russischen Joch? Das ist sehr menschenfreundlich, gewiß! Das Manifest der Centralmächte erklärt jedoch, das befreite Polen müsse „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte verbleiben“, und Baron Buriau, der österreichische Minister des Aeußeren, erklärt, „im engen Anschluß an die beiden Centralmächte, und zwar sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht.“ Die Befreiung Polens, so führt die Presse der Entente weiter aus, bedeutet die Errichtung eines polnischen Staates, der gegen Rußland ein vorgeschobenes Vorwerk sein soll. Und die Entente-presse kann sich dabei auf den sozialpatriotischen Reichstagsabgeordneten Noske berufen, der in der „Glocke“ am 11. November sich sogar die Mühe gegeben hat, zu erklären, warum die deutsche Regierung als Form der

staatlichen Zukunft Polens einen „selbständigen Staat“ und nicht eine glatte Annexion gewählt hat. Die von Noske äußerst klar ausgeführten Gründe, weshalb Rußisch-Polen nicht mit dem deutschen Gebiet, sondern nur mit der deutschen Politik verbunden werden soll, sind vom Standpunkt des deutschen Imperialismus sehr plausibel, ändern aber für die Entente nichts an der Tatsache, daß das „neue Polen“, wenn es Wirklichkeit geworden ist, eine Machtstärkung des deutschen Imperialismus bedeuten wird.

Die belgische Frage liegt ebenso. Die Erklärung des Reichskanzlers, die Regierung habe niemals an die Annexion Belgiens gedacht, sagte keinem Beobachter der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland etwas neues. Und zu diesen Beobachtern gehören die Ententeregierungen ganz gewiß. Der Reichskanzler sprach in der Tat niemals von der Annexion Belgiens; er sprach immer nur von Garantien, Sicherungen, die bewirken sollen, daß Belgien niemals mehr ein Ausfallstor gegen Deutschland, niemals ein Werkzeug der englisch-französischen Politik bilden könne. Und auch das ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus durchaus verständlich.

Da aber, wie der Krieg gezeigt hat, völkerrechtliche Verträge Papiersegel sind, die nach Belieben zerrissen werden können, so müssen diese Garantien und Sicherungen wohl schon in etwas realeren, den Bedürfnissen des Imperialismus mehr entsprechenden Dingen bestehen. Der Entente geht es gewiß nicht um das Wort „Annexion“, sondern um die Sache, um die Frage, ob die deutsche Regierung auf die Sicherungen verzichtet. Aber die Presse berichtet nicht nur davon, daß die Vertreter aller bürgerlichen Parteien auf diesen Garantien bestanden, sondern der „Deutsche Kurier“, das Berliner Organ der Nationalliberalen, mußte zu berichten, daß der Reichskanzler „ferner ausdrücklich erklärt hat, daß er kein Wort von dem zurückzunehmen habe, was er früher über die Notwendigkeit der realen Garantien im Westen gebraucht hätte.“ Und der befinformierte Offiziosus, Herr Stein von der „Frankfurter Zeitung“, telegraphierte am 10. November seinem Blatte diesen Bericht des Kuriers mit dem Kommentar, er bilde „eine beachtenswerte Ergänzung des offiziellen Berichts“. Die gesamte Presse der Entente sieht, da sie selbst annexionslüstern genug ist, in der Forderung nach den Garantien ein Programm der verkappten Annexion Belgiens.

Aber die belgische und polnische Frage bilden nicht die einzigen Kriegsfragen. Wir wiesen in unserem Artikel „Krieg und Frieden“ auf die serbische Frage als eine

der wichtigsten Fragen hin, weil ihre Lösung über das Gelingen oder Mißlingen des Mitteleuropaprogramms entscheidet. Daß wir die Lage richtig beurteilten, beweist die jüngste Rede des englischen Premiers Asquith, der daran erinnerte, daß die Entente auch Serbien die Wiederherstellung gesichert hat. Von deutscher Seite habe niemand, so führte Asquith weiter aus, auch nur angedeutet, daß Deutschland bereit sei, diesem Verlangen entgegenzukommen. Der „Vorwärts“, der, seitdem er unter der „geistigen“ Leitung Scheidemanns und Stampfers steht, sich als Kanzlerorgan fühlt, erklärte darauf am 11. November: „Diese Andeutung ist bisher wohl nur deshalb unterblieben, weil noch kein Mensch in Deutschland auf den Gedanken gekommen ist, daß die deutschen Soldaten an der Somme, am Stochod, in der Dobrudscha und in den Karpathen bluten könnten, um Serbien zu erobern.“ Vielleicht kennt Herr Asquith das Verhältnis der Herren Stampfer und Scheidemann zum deutschen Reichskanzler nicht; wohl aber weiß er, daß der Graf Reventlow kein Lakai des Herrn Bethmann-Hollweg ist, daß er sogar zu ihm in einem starken Gegensatz steht. Trotzdem wird Herr Asquith nicht den Stampfers und Scheidemanns, sondern dem Grafen Reventlow glauben, der auf diese Ausführungen des „Vorwärts“ antwortet:

„Sie (das Stampfer- und das Mosseblatt, das sich dem „Vorwärts“ anschließt) scheinen auch nicht zu wissen, daß die Teilnahme Bulgariens in der Reihe der Mittelmächte und der Türkei zu einem überaus wesentlichen Teile der Befreiung derjenigen bulgarischen Volksgenossen galt, welche innerhalb der serbischen Grenzen wohnten. Schon deshalb wäre die Wiederherstellung Serbiens . . . ein Unding und eine Unmöglichkeit . . . Eine Wiederherstellung Serbiens ist ausgeschlossen, weil eine solche den Zusammenhalt des mittel- und südosteuropäischen Vierbundes unmöglich machen würde, gar nicht zu reden von seiner weiteren Konsolidierung und Stärkung in Zukunft außen und innen. Wiederherstellung Serbiens würde die Verbindung Berlin—Sofia—Konstantinopel usw. aufheben und das serbische Problem würde sich eines Tages wieder auf dem Balkan einstellen, nicht nur als Gefährdung Oesterreich-Ungarns, sondern als Sprengmittel des gesamten politischen Zustandes der Balkanhalbinsel.“ Diese Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ vom 12. November bilden keine Sondermeinung der „Fronde“: sie sind Selbstverständlichkeiten vom Standpunkt des deutschen Imperialismus. Das weiß die Entente, die zwar viele zu belügen sucht, die sich aber selbst gewiß nicht irreführen läßt.

So sieht die Lage aus. Weder die Zentralmächte noch die Entente wollen die Rückkehr zum Status quo ante bellum. Und wie keines der Lager bis heute völlig niedrigerungen ist, darum ist es gelinde gesagt ein Irrtum, wenn der „Vorwärts“ schreibt: „In der Rede des Reichskanzlers hört man die Schwingen der Zukunft rauschen, die uns das Ende dieser Schrecken bringt.“ Und es ist jene Dienstbeflissenheit, deren nähere Charakterisierung wir uns versagen können, weil sie jedem in ihrem Wesen offenbar sein dürfte, wenn Scheidemann in einem Artikel an die Parteipresse erklärt: „Durch die Erklärung des Reichskanzlers ist eine Grundlage gegeben, auf der über den Frieden verhandelt werden kann, wenn die andern verhandeln wollen . . . Würden die Gegner

nach der Erklärung des Reichskanzlers einen neutralen Vermittlungsversuch, der wohl nicht lange ausbleiben wird, zurückweisen, so würden sie damit vor aller Welt die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges auf sich nehmen.“

Der Rede des Reichskanzlers folgte der Aufruf des deutschen und österreichischen Generalgouverneurs an die Polen zum formieren eines neuen Heeres, folgten die Vorbereitungen zur Zivildienstpflicht, d. h. zur Anspannung aller Kräfte der Bevölkerung für den Krieg, folgte die Veröffentlichung eines Schreibens Hindenburgs an den Reichskanzler, das zur Entfesselung des furor teutonicus auffordert. Aus den Artikeln der sozialpatriotischen Presse aber hört man nur das „Rauschen“ des Willens, das Proletariat über diese Aufgaben der nächsten Zukunft zu beruhigen.

Die sozialpatriotische Presse und die Polenfrage.

Als die Proklamation der deutschen und österreichischen Regierung über die Errichtung eines neuen Königreichs Polen veröffentlicht worden war, bemerkte man in einem bedeutenden Teil der deutschen bürgerlichen Presse eine vielsagende Zurückhaltung. Nur in einigen liberalen Blättern, denen das Wort Freiheit schon genug ist, um in Verzückungen zu verfallen, ganz unbesehen des realen Inhaltes dieses viel gebrauchten und ebenso oft mißbrauchten Wortes, fand man ungeteilte Zustimmung. Aber die rechtsstehende Presse, die nicht gewohnt ist, sich an Worten zu berauschen, sondern die Politik nach ihrem realen Wert mißt, verhielt sich kühl und reserviert. Sie drückte damit nur aus, was ist.

Hatte doch selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Vorsicht gemahnt, indem sie schrieb: „Es wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann hindern, mit freudigem Herzen den kühnen Schritt gutzuheißen, der mit dem Manifest getan wird.“ Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kannte ihre Leute und wußte, was an der Lösung der Polenfrage durch das Manifest noch nicht gelöst war. Und so blieb die politisch einflußreichste Presse mit ihren Bedenken nicht im Hinterhalt. Sie trug sie frei und offen vor, soweit ihr das nur irgend möglich war. Deutlich trat in diesem Verhalten der konservativen Presse die Zerteilung im Lager des deutschen Imperialismus hervor.

Was sie am meisten befürchtete, war, daß der Kurs der deutschen Politik sich durch diesen Schritt den Weg nach dem Osten für die Zukunft verbaut habe, und daß der deutsche Imperialismus nunmehr gezwungen sei, seinen Anschluß, dem Wunsche der Rohrbachianer entsprechend, bei England zu suchen. Daneben aber waren es innerpolitische Bedenken, die die konservative Presse, deren Ideal die bisherige Polenpolitik Preußens ist, zu äußerster Zurückhaltung bewog. Jedenfalls glaubte sie die Interessen des deutschen Imperialismus durch das Manifest nicht in der nachdrücklichen Weise gewahrt zu sehen, wie es nach ihrer Meinung nötig gewesen wäre. Und andere, als die Interessen des deutschen Imperialismus, kamen bei der Lösung der Polenfrage nicht in Betracht, weder für die konservative Presse, noch, wie die „Norddeutsche

Allgemeine Zeitung“ ebenfalls unumwunden zugab, für die Väter des Manifestes. Noch auch für die liberale Presse, die diese Lösung im Interesse des deutschen Imperialismus begrüßte.

Unfomehr verdient es festgehalten zu werden, daß auch die sozialpatriotische Presse vorbehaltlos die Lösung der Polenfrage durch das Manifest der verbündeten Regierungen des deutschen und österreichischen Imperialismus anerkannte. „Ein neues Polen!“, „Ein neues, freies und selbständiges Polen!“, „Das freie Polen!“, „Die Wiedererstehung Polens!“: mit diesen Worten begrüßte sie das imperialistische Manifest als eine Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung. Nun ist, vom Standpunkte des Krieges, zwar richtig, was Graf Reventlow einstmal im „Größeren Deutschland“ in einer Polemik gegen Herrn Rohrbach schrieb, als dieser das Fell bereits verteilen wollte, noch ehe der Bär erlegt war: Trachtet am ersten nach einem gründlichen, allseitigen Siege, so wird euch das andere alles zufallen. Aber diese für jeden ernsthaften Politiker selbstverständliche Klugheit braucht die sozialpatriotische Presse nicht zu beobachten. Sie hat andere Aufgaben zu erfüllen. Man kann den David, Kolb, Heine, Scheidemann nicht soviel Geistesabwesenheit zutrauen, daß sie bei aller Hochspannung in der Einschätzung ihrer eigenen Bedeutung nicht doch eine entfernte Ahnung davon haben sollten, daß die Politik des Imperialismus sich nicht nach ihren Wünschen richtet.

Politische Fragen sind Machtfragen, und die „Deutsche Tageszeitung“ traf in den letzten Tagen den Nagel mehrmals auf den Kopf, indem sie die relative Ungefährlichkeit Scheidemanns mit der Tatsache bewies, daß er keine Macht hinter sich habe. Immerhin ist damit auch nur seine relative Ungefährlichkeit erwiesen; denn wenn er auch sicher nicht mehr die Massen der deutschen Arbeiterschaft hinter sich hat, so steht ihm doch immer noch die sozialpatriotische Presse zu willfährigen Diensten, um entweder seine eigenen benebelnden Phrasen zu publizieren oder doch in ihrem Sinne Tag für Tag zu wirken. Und darin beruht die eigentliche Aufgabe des Sozialpatriotismus. Auf die reale Gestaltung der imperialistischen Politik durch die Umnebelung der Gehirne der Arbeiter mit sozialpatriotischen Phrasen die Wege zu ebnet. Und dieser Aufgabe hat er sich vom ersten Tage des Krieges bis heute als würdig erwiesen. So auch, und ganz besonders, in der Behandlung der Polenfrage.

„Der deutsche und der österreichische Generalgouverneur in dem durch Schwertgewalt Rußland entriessenen polnischen Gebiet haben gestern ein Freiheitsmanifest verkündet, durch das den Polen die Errichtung eines selbständigen polnischen Verfassungsstaates durch das Wort der beiden Herrscher verbürgt wird. Mit Jubel ist diese Kunde in Warschau und Lemberg aufgenommen worden . . . und mit den Vertretern von Universität und Geistlichkeit, Hochadel und Großindustrie haben die Vertreter der polnischen Legion, zum größten Teile auch kämpfende Sozialisten, die Stunde bejubelt, die Polen aus bitterer Unterdrückung von fünf Menschenaltern befreit und dem heimgesuchten, gequältesten Volke Europas den Weg ins Freie und zum Licht wieder öffnet.“ So schreibt das führende Organ des Sozialpatriotismus, die „Chemnitzer Volksstimme“, und es bekundet: „So ist die getroffene Entscheidung im Interesse Deutschlands

und der deutschen Freiheit unter allen möglichen wohl als die beste zu begrüßen“, und schon begrüßen die Herren Heilmann und Noske „die befreite polnische Nation“.

Das „Hamburger Echo“, dieses würdige Geschwister der Chemnitzerin, erklärt: „Der Weltkrieg mit seinen gewaltigen Wandlungen ließ deutsche und österreichische Truppen als Befreier in Polen einrücken, ließ die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die Gründung des neuen Staates aussprechen und dem polnischen Volk die Möglichkeit geben, sich in Unabhängigkeit von Rußland ein eigenes Staatswesen zu gestalten. . . . In diesem Sinne wird der Waffensteg Deutschlands und seiner Verbündeten von einem moralischen Sieg von weltgeschichtlicher Bedeutung begleitet sein. Ein freies Polen durch Deutschlands Macht wird Freund sein, und Freunde werben.“

Und Eduard David, nachdem er Ignaz Daszynski und Josef Bilinski neben Marx und Engels als Kronzeugen für das imperialistische Manifest angerufen, und den Segen der Lostrennung Polens von Rußland in allen Zungen gepriesen hat, sagt befriedigt: „Aus diesen Gründen freuen wir uns der Ankündigung eines wiedererstehenden selbständigen Polens. Es ist die eine Frucht des Weltkrieges, die dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt dient.“

Hymnenartig grüßt die Mannheimer „Volksstimme“ das „neue, freie und selbständige Polen“: „Heute sei nur das neue Polen begrüßt: als eine erste Erfüllung und als eine größere Hoffnung; seien auch unsere polnischen Genossen begrüßt, die, seit sie als politische Organisation bestehen, nie aufgehört haben, wie für die Interessen des Proletariats als solchen, so auch für die Interessen des ganzen polnischen Volkes, für die Autonomie und Selbständigkeit ihres Landes zu kämpfen.“

So bejubelt die sozialpatriotische Presse den „weltgeschichtlichen Akt“. Sie bejubelt ihn lauter als selbst die liberale Presse; sie kennt nicht die Bedenken der konservativen Presse; sie kennt überhaupt keine Bedenken. Wo aber einem Klugen unter ihnen eine leise Ahnung von solchen Bedenken aufsteigt, da ist er flugs mit Feder und Papier beflissen, sie im Interesse des Imperialismus zu zerstreuen. Siehe da, Herr Wezker aus Bochum! Ihm sind Bedenken gekommen. „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Grundsatz der Demokratie.“ Aber nun ist die Befreiung Polens nicht der Selbstbestimmung der Polen entsprungen, sondern das Werk des deutsch-österreichischen Imperialismus. Erstes Bedenken. Das Volk der Polen sitzt nicht nur in Kongreß-Polen. Das Manifest aber spricht sich nicht über die Grenzen aus, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt ausdrücklich, daß Preußisch-Polen natürlich bei Deutschland verbleiben werde. Zweites Bedenken. Wie hilft sich nun der Sozialpatriot Wezker? Er erklärt, daß dieses scheinbar einfache, klare Naturrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch seine Kehrseite haben kann, und die vollendetste demokratische Grundsätzlichkeit hilft nicht über die Wirklichkeit hinweg. Auch die Freiheit will gelernt sein. Und das polnische Volk muß sie noch erst lernen. Sein Lehrmeister in der Freiheit aber kann nur der deutsch-österreichische Imperialismus sein. Wenn

seine Lektion sich an den Polen bewährt hat, dann, ja dann ist für das polnische Volk dereinst auch die Zeit des Selbstbestimmungsrechtes gekommen. „Das polnische Volk war nicht imstande, sich ohne fremde Hilfe von dem russischen Joch zu befreien, und es wäre höchstwahrscheinlich auch nicht imstande, eine Freiheit zu erhalten, die zu früh des Schutzes derer entraten müßte, die ihm zu der Freiheit verholfen haben. Polen bedarf der Hilfe und des Schutzes noch weiter. Es möge erst auf eigenen Füßen stehen lernen. Dann wird auch die polnische Arbeiterklasse einst in der Lage sein, sich den Grad von Gleichberechtigung zu erkämpfen, zu dessen Benützung sie sich reif fühlen wird.“ So schreibt Herr Wegker aus Bochum, inmitten der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterbevölkerung.

Um den Reigen der sozialpatriotischen Presse würdig zu beschließen, noch die beiden „Zentralorgane“: „Vorwärts“ und Wiener „Arbeiter-Zeitung“. Diese schreibt: „Ein großer Tag ist für das polnische Volk gekommen, und welche Vorbehalte immer gegen Form und Inhalt des Geschehnisses zu erheben wäre: daß es ein geschichtliches Geschehnis ist, ein Ereignis von gewaltiger Tragweite, das sich mit der Bildung des selbständigen Staates Polen vollzieht, das fühlt jeder, der Geschichte zu erleben vermag. Das selbständige Polen, eingeeint seit mehr als einem Jahrhundert, sprengt die Gruft und tritt in die europäische Völkerfamilie als unabhängiger und freier Staat wieder ein: das ist die Verheißung, die dem polnischen Volke wird! Möge der Verheißung die Erfüllung nicht versagt bleiben.“ Und auch der „Vorwärts“ begrüßt das Manifest als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einem freien Polen.

So hat die sozialpatriotische Presse ihre Pflicht erfüllt, die Politik des imperialistischen Bürgertums mit Hilfe pseudosozialistischer Phrasen den Arbeitern mündgerecht zu machen. Sie verherrlicht die Gründungsfeierlichkeiten, preist den Imperialismus als den Befreier der Völker, führt die Agenten des Imperialismus als Vertreter des polnischen Volkes vor, identifiziert ein imperialistisches Manifest mit den Forderungen der Sozialdemokratie, verherrlicht die Regierungen als Vollstrecker des politischen Testaments von Marx und Engels. Im Namen des Sozialismus deckt sie den Imperialismus, im Namen der Arbeiterklasse die Politik des Bürgertums. Das ist die Arbeit des Sozialpatriotismus für den Imperialismus.

Die Presse der deutschen Opposition hat nicht mit einer Silbe auf diese neueste Leistung des Sozialpatriotismus hingewiesen. Selbst im Banne der Illusion von der Selbständigkeit der Nationen im Zeitalter des Imperialismus, ist sie außerstande, dem Sozialpatriotismus gegenüber eine grundsätzlich abweichende Stellung einzunehmen; ja, auch Bernstein als namhafter Führer des Parteizentrums, anerkennt den Schritt der Regierungen im Namen der Demokratie. Den einen ist der Imperialismus der Befreier der Völker, den andern ist er der Bringer der Demokratie. Es ist kein Unterschied zwischen ihnen. Sie sind beide unheilbare Illusionäre.

Die Arbeiterklasse hat weder mit dem einen, noch mit dem andern etwas zu schaffen. Sie weiß, daß die Befreiung Polens die Befreiung der polnischen Arbeiterklasse bedeutet und daß diese Befreiung das Werk der

polnischen Arbeiter selbst sein wird, das zusammenfällt mit dem Kampf der internationalen Arbeiterchaft um ihre Befreiung.

Weshalb der Zusammenbruch kommen mußte.

Für den Aufbau der sozialistischen Bewegung ist nichts so wichtig, als die Ursachen klar zu erkennen, die den Zusammenbruch der zweiten Internationale im Jahre 1914 bewirkt haben. Wenn wir untersuchen, welchen Anteil daran die verschiedenen Teile der Bewegung, die Massen selbst, die Führer, welchen Anteil daran die verschiedenen Richtungen, der Reformismus, des Radikalismus hatten, so handelt es sich natürlich nicht um einen Versuch, irgendwelche Verantwortlichkeiten für eine künftige Abrechnung festzustellen, sondern darum, die Einsicht zu klären.

Weshalb kam die Katastrophe, weshalb mußte sie kommen?

Oft wird gesagt: Die Internationale, die Sozialdemokratie war nicht, was sie schien. Außerlich sich als große Umsturzbewegung gebärdend, war sie im Innern damit beschäftigt, sich dem Kapitalismus anzupassen. Obgleich dem Scheine nach radikal, war sie in Wirklichkeit reformistisch. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie schon längst war, was jetzt als Sozialnationalismus hervortritt.

Aber bedeutet das, daß wir vorher wie im Nebel gewandelt sind und daß wir uns über uns selbst und unsere Bewegung in einer großen Täuschung befanden, daß erst der Weltkrieg uns die Binde von den Augen reißen mußte? Bedeutet es, daß die Massen nur dem Scheine nach sozialistisch, daß sie in Wirklichkeit aber noch nationalistisch waren? Daß der Klassenkampf nur eine Phrase war? Daß alles Gerede vom Kampf gegen den Kapitalismus nur Selbstbetrug war? Daß Internationalismus und Kriegsfeindschaft in den Massen nur Heuchelei war? Daß das Umschwenken zur Kriegsbereitschaft in Wirklichkeit gar kein Umschwenken, sondern nur Selbstbesinnung war? Daß also der Reformismus, die Richtung der jetzigen offiziellen Parteimehrheit, die Massen in Wirklichkeit beherrschte und daß er die große Ursache der Katastrophe war, während die andere Richtung, der Radikalismus, nur insoweit Mitursache war, als sie den Reformismus nicht genügend bekämpfte?

Auf alle diese Fragen muß man antworten: Nein, ganz so war es nicht. Zum Teil steckt richtiges darin, aber die eigentliche Ursache wird damit nicht aufgedeckt. Es gab, vor allem in den Großstädten, bedeutende Gruppen von Arbeitern, denen es durchaus ernst war mit dem Klassenkampf, mit allen seinen praktischen Konsequenzen auch dem Kriege gegenüber; Gruppen, die sich völlig klar waren über die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse, wie über das Wesen des Imperialismus und des Krieges. Weshalb führten sie den Kampf nicht, als es galt, die große historische Probe zu bestehen?

Als der Tag der Entscheidung kam, als es um die gewaltigen Lebensfragen des Proletariats ging, da fehlte es diesen Arbeitern nicht so sehr an Mut, das Große nun auch zu wagen, als vielmehr an Einsicht in das

Wesen des Kampfes, als an Klarheit über den Weg, den sie jetzt zu beschreiten hatten. Das war's! Wohl kannten breite Arbeitermassen den ersten Schritt; aber sie wußten nicht, was nach diesem ersten folgen würde. Sie schreckten vor dem dunklen Ungewissen zurück, das da vor ihnen lag. Und sie fühlten instinktiv: Experimentieren und Probieren gibt es in solchen Schicksalsstunden nicht; da muß man sicher gehen; da muß man die Konsequenzen des ersten Schrittes erkennen und bereit sein, alle seine Folgen auf sich zu nehmen. Ist man dazu nicht imstande, so zögert man, schiebt auf, wartet ab, bis es zu spät ist.

Ueber Methode und Wirkung des Kampfes der Arbeiterklasse, wie er von den Linksradiكالen lange vor dem Kriege als notwendig erkannt worden war, herrschte fast absolute Unkenntnis. Sogar die Wenigen, die die Sachlage einigermaßen überblickten, hatten keine Sicherheit über den Verlauf des Kampfes. Und woher sollten sie sie auch nehmen? Das wichtigste, woraus sie diese Sicherheit hätten schöpfen können, fehlte: Die Praxis des Kampfes. Die radikalen Wortführer hatten möglichst wenig Zutrauen, dafür umso mehr Mißtrauen in diese Methode gefät, und die Partei war bei jeder früheren Gelegenheit der praktischen Anwendung aus dem Wege gegangen. Es war also ganz anders als bei dem Kampf unter dem Sozialistengesetz, wo man eine Taktik befolgte, die man längst praktisch zu handhaben wußte, mit deren Gefahren und Aussichten und Erfolgen man im voraus vertraut war und die man daher bald meisterhaft beherrschte.

Ebenso waren alle Einzelheiten des Gewerkschaftskampfes durchaus bekannt; jeder war praktisch erprobt und handelte instinktiv richtig. Aber von politischen Massenaktionen wußte man nicht viel mehr, als man in ein paar Leitartikeln oder Versammlungsreden oder in ein paar theoretischen Auseinandersetzungen darüber gehört hatte. Und die Beispiele anderer Länder, das wußte jeder, entsprachen, so lehrreich sie im einzelnen sein mochten, doch nicht der gegebenen Situation. Sie konnten keine Lehren abgeben, wie denn die besten Lehren des Krieges aus der Praxis des Krieges selbst abzuleiten sind, wie wertvoll auch die Lehren sein mögen, die man aus den Kriegen der näheren und ferneren Vergangenheit zu schöpfen vermag. Daher konnte es nicht zu einem großen, allgemeinen Kampf um den Sozialismus kommen, und die spontanen Massenbewegungen, wo sie sich entwickelten, blieben in den Anfängen stecken und verpufften wirkungslos. Viele warteten auf ein Signal von oben, von der Leitung her: sie warteten vergebens. Vielmehr wiegelte nach den ersten Protestversammlungen in den letzten Juliwochen vor dem Kriege der Parteivorstand in einem ängstlichen vertraulichen Schreiben an die Redaktionen, Sekretariate und den ganzen bürokratischen Klingel ab; ganz abgesehen davon, daß die Aktionen selbst an Unentschlossenheit kaum zu überbieten waren. Aber auch die Massen selbst versagten in diesem Augenblicke. Ihnen fehlte jegliches Vertrauen zu ihren eigenen Kampfmitteln und damit zu ihrer eigenen Macht. So war der Zusammenbruch besiegelt.

Damit war auch der Sieg des Nationalismus perfekt. Es ist nicht richtig zu sagen: weil die Massen im Grunde nationalistisch waren, deshalb versagten sie. Umgekehrt: weil sie nicht kämpften, wurden sie nationalistisch. Aktion

und Energie reißt mit, wirbt; Zögern und Latenlosigkeit stößt ab, schwächt. Der Imperialismus siegte durch seine eigene Kühnheit; der Sozialismus brach zusammen an seiner eigenen Latenlosigkeit.

Und die Besiegelung dieser Tatsache war die Abstimmung des 4. August. Es war kein Wendepunkt, keine selbständige Entscheidung; es war die notwendige Folge der Aktionslosigkeit des Proletariats vor dem Kriege.

Das alles soll man sich vergegenwärtigen zur Beurteilung der Richtungen, die auf den Trümmern der alten Sozialdemokratie den Kampf führen. Die Ursache des Zusammenbruches war nicht in erster Linie die nationalistische, reformistische Gesinnung der Partei und besonders ihrer führenden Elemente, sondern ihr Mangel an Kampffähigkeit. Darum waren die Väter des 4. August nicht allein die Reformisten, die den Anschluß der Partei an die Bourgeoisie erstrebten, sondern nicht minder die Zentrumsradikalen, die die Kampfkraft der Partei systematisch lähmten.

Und zugleich ergibt sich hieraus, was für den Wiederaufbau des Sozialismus nötig ist. Nicht, was man vielfach als Mittel anpreisen hört: die Selbstverständigung, das Wiederbesinnen auf die alten Grundsätze. Damit wäre man im günstigsten Falle wieder beim alten Wortradikalismus angelangt, der die alte Bewegung zu Machtlosigkeit und Untergang geführt hat. Sondern die neue Taktik, die allein die neue Macht aufbauen kann. Dazu muß zweierlei Hand in Hand gehen: die Praxis und die Theorie. Aus Reden und Schriften können die Massen nicht diejenige Vertrautheit in ihre eigene Kraft gewinnen, die zur Anwendung der neuen Taktik nötig ist. Nur durch die Praxis des Handelns läßt sich das Handeln erlernen. Aber dazu muß die theoretische Belehrung kommen, die den am klarsten denkenden Köpfen der Arbeiter erklärt, was ihr Handeln bedeutet, damit sie Möglichkeiten, Wirkungen, Hemmnisse und Erfolge mit Sicherheit beurteilen lernen. Klarheit bringen über das Wesen der neuen taktischen Methode, das ist die nächste Aufgabe der Linksradiكالen. Klarheit durch Tat und Wort.

Macht.

Eine Frage drängt sich in dieser an Fragen so überreichen Zeit immer wieder mit unwiderstehlicher Gewalt hervor: Wie kommt es, daß die bürgerliche Klasse, an der wir bereits tausend Zeichen des Verfalls glaubten entdeckt zu haben, deren Niedergang wir in ihrer gesamten Ideologie glaubten verfolgen zu können, die wir ihrem Untergange schon so nahe sahen: wie kommt es, daß sie sich jetzt zu so riesenhafter Größe emporreckt, daß sie das Wagnis eines Weltkrieges auf sich nehmen konnte? Worin besteht ihre Macht?

Die Macht der Bourgeoisie ist, wenn wir von ihrer realen Macht als Besitzer des Eigentums an den Produktionsmitteln, von den realen Machtfaktoren des Staates einstweilen absehen, in erster Linie eine geistige Macht.

Ihr Arbeiter, die ihr in den Großstädten, auf den Werften, in den Fabriken, in den Gruben arbeitet, fragt vielleicht: Was ist die geistige Macht?

Wir antworten: Ihr unterschätzt die Macht der Bourgeoisie, weil ihr sie nicht begreift.

Wir wollen an ein historisches Beispiel erinnern. Im alten Rom gab es Tausende von Sklaven, die in harter Arbeit frohndeten. So unmenschlich wurden sie gepeinigt, daß Sklavenaufstände ausbrachen. Der gefährlichste unter ihnen war der Gladiatorenaufstand unter Spartacus. Mutige, tüchtige Leute, die den Tod nicht fürchteten, kämpften für ihre Freiheit, für ihr Leben. Eine römische Armee nach der andern schlugen sie, unaufhörlich breitete der Aufstand sich aus. Ganz Süditalien war in ihrer Gewalt, das Volk der Unzufriedenen kam in Bewegung. Rom schien verloren. Immer neue Armeen wurden formiert. Alles half nicht. Spartacus blieb Sieger.

Da gelang es Rom, Zwietracht unter die Sklaven zu säen; hier und dort eine Gruppe für sich zu gewinnen; hier und dort den Feind durch kleine Ueberfälle zu schwächen; hier und dort schlichen sich Entmutigung und Furcht ein, gegenseitiges Mißtrauen: das Blatt wendete sich.

Wodurch überwand die herrschende Klasse Roms die Krisis? Durch ihre geistige Ueberlegenheit. Als herrschende Klasse war sie gewohnt, alles mit ruhigem Blick zu überschauen. Darum blieb sie kaltblütig. Als die Gefahr am größten schien, brauchte sie sich immer noch nicht entmutigen zu lassen: sie kannte ihre Hilfsmittel. Dadurch wußte sie Kleinigkeiten dem Großen, auf das es ihr ankam, zu opfern. Die Unterdrückten besaßen diesen weiten Blick nicht, übersahen nichts, tappten im Dunkeln, mißtrauten einander und wurden durch den ersten Gegenschlag entmutigt. Dadurch konnten sie zersplittert werden und jeder Sieg lief auf nichts Positives hinaus. Mit schlauer List wurden sie betrogen — Wortbruch gegenüber aufständigen Ausgebeuteten haben herrschende Klassen noch nie gescheut. Gegen diese Schlaue konnte die dumm-gutmütige Masse nicht aufkommen; immer wieder lief sie in die Falle. Durch dieses geistige Uebergewicht, diesen weiten Blick, diese Schlaue, diese Fähigkeit im Betrügen, im schnellen Geben und Nehmen seitens der herrschenden Klasse mußten Sklavenaufstände im Altertum, mußten Bauernaufstände im Mittelalter zuletzt immer wieder mißglücken.

Nun ja, das war in der alten Zeit. Aber jetzt sind wir doch soviel weiter. Wirklich? Sehen wir uns das Heute an: Eine Arbeiterklasse, die vor ein paar Jahren noch so gefährlich schien, die schon von der Eroberung der Macht träumte, hat sich als völlig machtlos entpuppt. Da sehen wir das geistige Uebergewicht der herrschenden Klassen. Und gegen diese geistige Uebermacht ist die Anwendung der brutalen Gewalt völlig machtlos. Und das ist ganz selbstverständlich. Nicht durch seine Körperkraft, sondern durch seinen Geist hat der Mensch sich über das Tier erhoben, hat er die stärkste Bestie gezähmt, ist er zum Herrn der Welt geworden. Dieses Uebergewicht des Geistes gilt auch in der Gesellschaft. Darin liegt der größte Quell der Macht und das Fundament der Herrschaft jeder herrschenden Klasse, daß sie die Erkenntnis, die Wissenschaft, die Entwicklung monopolisierte und die arbeitende Klasse geistig beherrschte. Das gilt von der Bourgeoisie noch mehr als von früheren herrschenden

Klassen, da Erkenntnis und Wissenschaft in der kapitalistischen Gesellschaft eine so bedeutende Rolle spielen. Solange die Bourgeoisie herrscht, werden die Volksmassen durch mancherlei Mittel mit der bürgerlichen Weltanschauung erfüllt. Und seit ihrem Aufstieg sorgt die Bourgeoisie durch die verschiedensten Mittel dafür, ihren geistigen Einfluß auf die Massen zu behalten und zu vergrößern.

Dazu dient in erster Linie die Schule, wo den Kindern von klein auf schon eingepägt wird, daß die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren Gegensätzen von reich und arm, vornehm und gering, hoch und niedrig gar nicht anders sein kann, daß das seit jeher so war und auch niemals anders sein wird, daß jeder Mensch mit seinem Los zufrieden sein muß, daß jeder der Obrigkeit die nötige Ehrerbietung zu zollen habe, daß schwer arbeiten ehrenvoll ist und daß die Vaterlandsliebe nächst der Liebe zu Gott die höchste Tugend ist. Dazu kommt die Kirche, früher der Gegner, jetzt der Bundesgenosse der Bourgeoisie. Sie stellt ihren geistigen Einfluß auf die Massen ganz in den Dienst der bestehenden Gesellschaftsordnung. Diesen beiden Mächten gesellt sich die Presse zu, von altersher ein mächtiges Hilfsmittel des Kapitals, um durch tägliche Propaganda die Gedanken der Volksmassen zu beeinflussen und zu lenken. Sie ist wohl das wichtigste und wirksamste Mittel von den dreien, sie wirkt auf die Volksmassen ein, Tag für Tag, fast merklos. Selbst die sog. neutrale, scheinbar harmlose Lokalpresse wirkt gerade dadurch im Dienste des Kapitals, daß sie den Geist der Leser, besonders der Arbeitermasse, auf das Kleinliche, Unbedeutende, Geistlose gerichtet hält, und die Arbeiter abhält von den großen, belangreichen Fragen, mit denen sie gerade vertraut werden müssen, um ihre historische Aufgabe zu begreifen und zu erfüllen.

Durch solche Mittel sichert sich die herrschende Klasse ihr geistiges Uebergewicht über die Massen, unterstützt durch ein ganzes Heer von Intellektuellen. Aber außerdem hat sie ein zweites, ebenso großes, ja noch bedeutenderes Uebergewicht. Der größte Machtfaktor der herrschenden Klasse ist ihre starke Organisation.

Die Organisation ist allezeit eine der gewaltigsten Machtquellen gewesen. Schon in der Tierwelt; aber weit mehr noch in der menschlichen Gesellschaft. Organisation bedeutet Einheit des Willens und Handelns. Eine große Anzahl von Individuen, von denen jeder etwas anderes will, kann die Einzelkräfte nicht zu einer großen, einheitlichen Macht zusammenfügen. Jeder geht seinen Weg, und jeder verdirbt, was der andere bewirkt. Ihr Streben hebt sich gegenseitig auf, wie die Kraft der Pferde, die vor, hinter und an den Seiten des Wagens ziehen. Allein, wenn ihr Wille in derselben Richtung geht, wenn sie ihre Kraft auf denselben Punkt vereinigen, wenn sie alle nach derselben Richtung ziehen, dann wird aus all den schwachen Einzelkräften eine gemeinsame Riesenkraft.

In der ganzen Geschichte der Menschheit spielt die Organisation nächst der geistigen Macht die Hauptrolle. Wer die beste, kraftvollste Organisation besitzt, die in jedem Augenblicke alle Kraft gerade dort weiß anzuwenden, wo sie am nötigsten ist, kann weniger gut organisierte Gruppen leicht überwinden.

Der konservative preußische Professor Hans Delbrück hat in seiner Geschichte des Kriegswesens überzeugend nachgewiesen, daß die Organisation in allen Kriegen den Ausschlag gegeben hat. Kleine, gut organisierte Heere wußten große, minder gut organisierte Massen zu überwinden. Und das gilt auch vom Klassenkampf. Eine gut organisierte Minderheit ist mächtiger als eine unorganisierte Mehrheit und kann diese ohne viel Mühe regieren und beherrschen. Darauf vor allem beruht die Herrschaft von Minderheiten in der Gesellschaft. Auch die Herrschaft der Bourgeoisie beruht vor allem neben ihrer geistigen Ueberlegenheit auf ihrer trefflichen Organisation. Und diese Organisation der Bourgeoisie heißt der Staat. Hier sind die Quellen ihrer Macht.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. November.
Herr Curt Baake, der tüchtige Geschäftsmann, von dessen Tüchtigkeit die Parteipresse seit vielen Jahren lebt, ist auf Einladung des Auswärtigen Amtes nach Warschau geeilt, um an den Feierlichkeiten des 5. November teilzunehmen. Herr Baake ist sozialdemokratischer Genosse. Man sollte diese beiden anrüchigen Titulaturen unter anständigen Menschen bis auf weiteres vermeiden. Genosse Baake nahm also an den Befreiungsfeierlichkeiten für das neue Königreich Polen teil, von Gnaden des deutschen Auswärtigen Amtes. Es muß den Genossen Baake gut kennen und das nötige Vertrauen zu ihm haben. Er hat es auch diesmal nicht getäuscht. Denn er schrieb flugs irgendwelchen Isebuchreisen Kitsch über die Feierlichkeiten: „Der Saal füllt sich; hohe deutsche Offiziere, ein paar Oesterreicher, die deutsche Zivilverwaltung in ihren führenden Vertretern haben sich rechts und links vom Podium aufgestellt. Vor ihnen stehen in zwei mächtigen Halbkreisen die Abordnungen der polnischen Körperschaften. Da sind die Studenten, die Miliz, die Bauern, die Schulvereine, die landwirtschaftlichen Gesellschaften, jüdische und evangelische Geistliche, die Veteranen, der Magistrat und die Stadtverordneten von Warschau, die katholische Geistlichkeit, der Senat der Universität und die alten Professoren, der Senat der Technischen Hochschule und der Landwirtschaftlichen Hochschule, die Gesellschaft der Wissenschaften, die Kunstakademie, die Handelshochschule und das Börsenkomitee, die Liga des polnischen Staatsgedankens, der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens und auch Vertreter der Rechten in der P. P. S.“ Und mittenmang Genosse Curt Baake, der rührige Inhaber eines Telegraphen-, Nachrichten- und Korrespondenzbureaus für die sozialdemokratische Presse. Das Auswärtige Amt kamte seinen Mann. . .

Uebrigens schreibt das Bureau in einer Vorbemerkung an die Redaktionen: „Der Bericht ist bereits in Warschau zensiert. . . Sie bringen ihn am zweckmäßigsten als Original-Telegramm Ihres Blattes. Der Abdruck erfolgt unter den üblichen Bedingungen.“ Zwar kam die Bervielfältigung und Versendung des Telegramms „für die am Montag (d. 6.) erscheinenden Blätter nicht mehr in Betracht“. Was schadet das dem Bureau des Herrn Baake! Für die sozialdemokratische Presse genügt auch ein „Originaltelegramm“, das ein paar Tage nach dem großen Ereignis ankommt. Aber wie! Es gibt über ein halbes Hundert sozialdemokratischer Blätter. Jedes nimmt den Kitsch als „Originaltelegramm“ und jedes findet ihn als sein Originaltelegramm in so und so vielen Blättern wieder! Da sage noch einer, daß Herr Genosse Baake sein Geschäft nicht versteht. Zur Soziologie des Pressewesens in der Sozialdemokratie jedenfalls ein interessanter Beitrag. Die Firma Baake ist uner-schöpflich an solch lehrreichem Material.

Feuilleton

Ein Jubiläum.

Die Sozialdemokratie hatte die Zeit des Sozialistengesetzes eben überstanden. Da erschien im November 1891, eine Schrift, die als satyrisches Pamphlet vollbringen wollte, was dem Sozialistengesetz zu vollbringen nicht vergönnt gewesen war. Sie stellte die Schrecken des sozialistischen Zukunftsstaates dar und suchte auf diese Weise die Sozialdemokratie zu vernichten. Ihr Verfasser war Eugen Richter, der große Freisinnsmann, und sie trug den Titel: „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“.

Franz Mehring verfaßte sogleich eine Gegenschrift, in der er kühnlich behauptete, erstens, daß Eugen Richter von der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Literatur keine blasse Ahnung habe, und zweitens, daß er sich insofern in einem merkwürdigen Irrtum befinde, als er gar nicht die sozialistische Zukunft, sondern die kapitalistische Gegenwart geschildert habe. Letzteres zwar mit unverkennbarer Sachkenntnis.

Es liegt uns fern, den Streit um diese Frage heute, nach 25 Jahren, aufs neue zu entfachen. Wir haben unsere Pflicht erfüllt, wenn wir die Schrift Eugen Richters der unverdienten Vergessenheit entreißen, wenn wir mit strengster Objektivität feststellen, daß das, was er schilderte, in der Tat der Zwangs- und Zuchtstaats in Reinkultur war und endlich, wenn wir mit derselben strengen Objektivität feststellen, daß bis heute die gesamte bürgerliche Presse kein Sterbenswörtchen zum Jubiläum der Richterschen Schrift von sich gegeben hat, obgleich gerade sie alle Ursache dazu hätte. Aber die Freunde sind immer am undankbarsten.

So mag nun der Film rollen.

Die neuen Gesetze.

Das bisherige Parteiprogramm, wie es 1891 von dem Erfurter Parteitage beschlossen wurde, ist als provisorisches Grundrecht des Volkes proklamiert worden. Damit ist die Umwandlung aller Arbeitsmittel, von Grund und Boden, der Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel in Eigentum des Staates oder, wie man es jetzt nennt, der Gesellschaft gesetzlich proklamiert. Ein weiteres Gesetz dekretierte allgemeine Arbeitspflicht mit gleichem Recht für alle Personen, männlich oder weiblich, vom vollendeten 21. bis 65. Lebensjahre. Jüngere Personen werden auf Staatskosten erzogen, ältere auf Staatskosten verpflegt. Die Privatproduktion hat aufgehört. Indes soll bis zur Regulierung der neuen sozialistischen Produktion jeder an der bisherigen Stelle auf Staatsrechnung fortarbeiten. Ueber dasjenige, was dem Einzelnen nach obiger Beschlagnahme für den Staat noch als Privateigentum bis auf weiteres verblieben ist, Hausgerät, gebrachte Kleider, Münzen, Reichskassenscheine ist von jedermann ein Inventar einzureichen. Goldmünzen sind abzuliefern. Neue Goldzertifikate sollen demnächst ausgegeben werden.

Nach einer Reichstags-sitzung.

Der Reichstag hatte die Entscheidung über die Sparkassengelder zu fällen. Bei der Abstimmung geht der Reichstag über die Petitionen auf Herausgabe der Sparkassengelder gegen wenige Stimmen zur einfachen Tagesordnung über.

Unwillige Rufe wurden vielfach von der Tribüne laut und pflanzten sich auf die Straße fort. Doch hatte die Schutzmannschaft die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes geräumt. Eine Anzahl tumultuierender Personen wurden verhaftet, namentlich viele Frauen. In größerer Entfernung vom Reichstagsgebäude sollen einzelne Abgeordnete, welche gegen die Herausgabe der Sparkassengelder gestimmt hatten, gröblich injuliert worden sein. Die Schutzmannschaft hat, wie erzählt wird, vielfach von ihren neuen Waffen, sogenannten Totschlägern, welche nach englischem Muster eingeführt worden sind, gegen das Publikum unbarmherzig Gebrauch gemacht.

Das neue Geld.

Die Photographen haben viel Arbeit bekommen. Alle Deutschen im Alter vom 21. bis 65. Lebensjahre, also alle diejenigen, welche nicht in Staatsanstalten unterhalten werden, sind angewiesen worden, sich photographieren zu lassen. Es ist dies notwendig, um die neuen Geldzertifikate, welche an Stelle des bisherigen Münzen und Kassenscheine treten sollen, einzuführen.

Damit das Zertifikat im ganzen und in seinen einzelnen Coupons nicht Dritten überlassen werden kann, sind die einzelnen Coupons bei dem Gebrauch nicht von dem Inhaber, sondern in Gegenwart desselben von dem den Coupon in Zahlung nehmenden Verkäufer oder sonstigen Beamten des Staates loszutrennen. Die Coupons, welche von 14 zu 14 Tagen in dem auf dem Deckel mit der Photographie des betreffenden Inhabers versehenen Büchlein von dem zuständigen Staatsbuchhalter neu eingeheset werden, sind verschiedenartig eingerichtet. Ein Wohnungscoupon oder eine Wohnungsmarke ist durch den Portier desjenigen Hauses, in welchem die Wohnung angewiesen ist, regelmäßig loszutrennen. — Die neue Wohnungsverteilung soll kurz vor der Eröffnung der Staatsküchen stattfinden, weil alsdann die bisherigen Küchen außer Gebrauch gesetzt werden können — eine Eckmarke ist bei der Entnahme des Mittagsmahls in den Staatsküchen vom Buchhalter dabeilbst loszutrennen, eine Brotkarte beim Empfang der Brotportion (700 Gramm pro Kopf und Tag). Die Geldmarken, welche sich außerdem noch in dem Zertifikat befinden, haben einen verschiedenen Nennwert und können vom Inhaber, je nach seinem persönlichen Belieben, verwandt werden zur Anschaffung von Früh- und Abendmahlzeiten, von Tabak und geistigen Getränken, für Reinigung der Wäsche und Ankauf von Kleidungsgegenständen, kurzum für alles, was sonst sein Herz an Waren begehrt. Alles wird ja in den Staatsmagazinen und Verkaufsstellen zu haben sein. Der Verkäufer hat stets nur die dem festgesetzten Preis entsprechenden Coupons loszutrennen.

Die neuen Staatsküchen.

Es ist doch eine wahrhaft bewundernswerte Leistung, daß heute in ganz Berlin mit einem Schläge 1000 Staatsküchen, jede zur Speisung von je 1000 Personen, eröffnet werden konnten. Zwar wer sich eingebildet hat, daß es in diesen Staatsküchen hergehen werde, wie an der Table d'hote der großen Hotels zur Zeit, als dort noch eine üppige Bourgeoisie in raffinierter Feinschmeckerei schwelgte, muß sich enttäuscht finden. Natürlich gibt es in den Staatsküchen der sozialistischen Gesellschaft auch keine schwarzbefrachten und geschmiegelten Kellner, auch keine ellenlangen Speisekarten und dergleichen.

Alles ist für die neuen Staatsküchen bis in die kleinsten Einzelheiten hinein genau vorgeschrieben. Niemand wird vor dem andern auch nur im geringsten bevorzugt. Eine Wahl unter den verschiedenen Küchen ist natürlich nicht gestattet. Jeder hat das Recht, in der Küche seines Bezirks zu speisen, innerhalb dessen die neue Wohnung gelegen ist. Die Hauptmahlzeit wird verabreicht zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends. Jeder meldet sich bei derjenigen Küche, welcher er zugewiesen ist, entweder in der Mittagspause seiner Arbeitszeit oder nach Beendigung der Arbeit.

Alle Portionen sind für jedermann gleich groß. Ein Nimmer satt, welcher heute unter Verlesung des sozialdemokratischen Gleichheitsprinzips noch eine Zulage verlangte, würde herzlich ausgelacht. Auch der Gedanke, den Frauen kleinere Portionen zuzumessen, ist als der Gleichberechtigung beider Geschlechter und ihrer gleichen Arbeitspflicht widersprechend von vornherein zurückgewiesen worden. Freilich müssen auch die Männer von schwerem Körpergewicht mit derselben Portion fürlieb nehmen. Aber für diejenigen darunter, welche sich in ihrem früheren Wohlleben als Bourgeois gemästet haben, ist das Zusammenziehen des Schmachtriemens ganz gesund. Solchen Personen dagegen, welche durch sitzende Lebensweise und Naturanlage eine stärkere Leibesfülle gewonnen haben, ist bei dem achtfündigen Maximalarbeitsstag freie Zeit gewährt, sich anderweitig zu trainieren. Auch kann sich ja jeder von Hause so viel von seiner Brotration als Zukost zur Mahlzeit mitbringen, wie er immer essen mag. Uebrigens ist es denjenigen, welchen ihre Portion zu groß ist, freigestellt, ihren Tischgenossen einen Teil davon abzugeben.

Wie unsere Nachbarin erzählt, hat das Ministerium für Volksnahrung dem Küchenzettel die wissenschaftlichen Erfahrungen darüber zugrunde gelegt, wieviel Gramm dem Körper, um ihn in seinem stofflichen Zustand zu erhalten, an stickstoffhaltigen Nährstoffen (Eiweiß) und stickstofffreien Nährstoffen (Fett und Kohlenhydrate) zuzuführen sind. Es gibt täglich für jedermann Fleisch (durchschnittlich 150 Gramm pro Portion) und daneben entweder Reis, Graupen oder Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linen) fast immer mit reichlichen Kartoffeln. Donnerstag wird Sauer Kohl mit Erbsen verabreicht. Was in Berlin an jedem Tage gekocht wird, ist an den Anschlagstulen zu lesen. Dieselben veröffentlichen den Küchenzettel schon für die ganze Woche, genau so wie früher den Theaterzettel.

Ueble Erfahrungen.

Betrübend ist es, wie die Eigentumsvergehen zunehmen, trotzdem Gold und Silber verschwunden ist. In meiner Eigenschaft als Kontrolleur gewahre ich jetzt hinter den Kulissen so Manches, was sich bisher meinen Blicken entzog. Die Zahl der Unterichlagungen hat sich gegen früher verviebfacht. Angestellte jeder Art verabsolgen gegen irgend eine private Verwendung oder Dienstleistung zum Nachteil des Staates Waren oder üben den ihnen berufsmäßig obliegenden Dienst aus, ohne in dem Geldzertifikat des Empfängers in vorgegebener Weise einen dem Wert entsprechenden Coupon loszutrennen und zur Buchhalterei abzuführen. Durch unrichtiges Maß oder durch Verfälschung der Ware beim Verkauf sucht man das Fehlende, was nicht durch entsprechende Coupons nachgewiesen werden kann, wieder auszugleichen.

Kanzlerwechsel.

Zum Nachfolger des Kanzlers ist der bisherige Reichsschatzsekretär gewählt worden. Er gilt als ein schneidiger Draufgänger und soll daneben ein guter Rechenmeister sein. Das ist um so notwendiger, als allerlei gemunkelt wird über das mangelnde Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen in unserer sozialistischen Gesellschaft.

Ein großes Defizit.

Allmonatlich eine Milliarde oder 1000 000 000 Mark mehr Ausgaben als Einnahmen, mehr Konsumtion als Produktion im Volkshaushalt, das ist die schlimmste Bottschaft, mit welcher der Reichskanzler den neuen Reichstag eröffnet hat. Ein Wunder, daß es noch gelungen ist, diese Tatsache bis nach den Wahlen geheim zu halten. Für die Klarstellung und Abhilfe aber ist es jetzt die höchste Zeit.

Freilich, zu merken war es schon seit langer Zeit an allen Ecken und Enden, daß es nicht stimmte. Wollte man für sein Geldzertifikat etwas kaufen, so hieß es nur zu oft, der Vorrat davon sei eben ausgegangen und würde erst in einiger Zeit ergänzt werden können. In Wahrheit aber war nicht die stärkere Nachfrage, wie sich jetzt herausstellt, sondern die Abnahme der Produktion schuld daran. Es war sogar schwer, sich für Ersparnisse auf dem Geldzertifikat auch nur die notwendigsten Kleidungsstücke zu erneuern. Bei anderen Bedarfsartikeln mußte man mit erschrecklichen Ladenhütern fürlieb nehmen, wenn man überhaupt etwas bekommen wollte. Die Preise für die aus dem Ausland bezogenen Artikel wie Kaffee, Petroleum, Reis waren nachgerade kaum mehr zu erschwingen.

Auch sonst hat wahrlich die Bevölkerung nichts weniger als in Saus und Braus gelebt. Für das Mittagessen ist zwar nach wie vor die Fleischration auf 150 Gramm verblieben; indessen scheinen Aenderungen in bezug auf Einrechnung von allerhand Abfällen auf die Gesamtheit der Portion stattgefunden zu haben. Auch hat sich der Gemüseetat sehr vereinfacht und ist auf Erbsen, Bohnen, Linen und Kartoffeln eingeschränkt. Am Bebeltag ist die erwartete größere Fleischration und ein unentgeltliches Glas Bier ausgeblieben. Sogar bei den Gewürzen scheint immer mehr gespart zu werden. Vielsach hört man über die Geschmacklosigkeit und Fadheit der Speisen klagen, was Ekel erzeugt, der selbst durch starkes Hungergefühl sich nicht überwinden lasse. Von Erbrechen und Darmkatarrh war bei den Mahlzeiten immer mehr die Rede.

Zeugen und Rufer.

Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist.

Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen Englands. (1845.)

Die Leute, welche man die gute Gesellschaft nennt, zeichnen sich oft nur durch die größere Verfeinerung ihrer Laster aus, und vielleicht verhält es sich mit diesen, wie mit den Giften, von denen die feinsten auch die gefährlichsten sind.

Montesquien (Persische Briefe).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



1. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

Nr. 24

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 2. Dezember 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Nach dem Parteitage der Schweizer Sozialdemokratie. Von Arnold Struthahn Seite 185
Friedensglocken (Schluß) " 187
Staat, Nation, Imperialismus und Sozialdemokratie (Fortf.) " 188
Aus unserm politischen Tagebuch " 190
Feuilleton:
Der verfeßte Charakter. Von Sv. Cech " 191

Nach dem Parteitage der Schweizer Sozialdemokratie.

Was angesichts der Politik der führenden Schweizer radikalen Genossen zu erwarten war, das brachte der Züricher Parteitag: ein Bild vollkommener Zerfahrenheit. Die Gärung in den Arbeitermassen hat sich noch nicht zu einer klaren radikalen Politik kristallisieren können, weil die radikalen Parteiführer zu einem Teile durch ihre Politik dieser Klärung direkt entgegenarbeiteten, zum andern Teile sie nicht energisch genug vorbereiteten. Statt eines Schrittes über Zimmerwald-Aarau nach Kiental, d. h. von der radikalen Demonstration zur radikalen Politik trippelte man ängstlich auf derselben Stelle herum oder machte sogar einen Schritt rückwärts.

Kurz vor dem Parteitag trennten sich die konsequenten Sozialpatrioten, die Grüttlianer, in Zug von der Sozialdemokratie. Sie erklärten offen, sie wollten eine nationale, reformistische Partei sein, gemeinsam mit der Bourgeoisie für die Reformierung des Vaterlandes eintreten und für seine Verteidigung kämpfen. Wie antwortete darauf die Sozialdemokratie, nachdem dieser Beschluß der Grüttlianer den vollkommenen Bankrott der Politik herbeiführte, die sich geweigert hat, den Kampf mit den Sozialpatrioten grundsätzlich zu führen und sich — aus „taktischen Gründen“ — hinter der Einheitsfrage verkroch? Hat die Partei dem nationalen Banner der Grüttlianer das internationale entgegengestellt? Hat sie erklärt: ihr wollt gemeinsam mit der Bourgeoisie das morsche Gebäude stützen, es verteidigen — nun, wir wollen an seine Niederreißung gehen? Diese Antwort konnte nur dann erteilt werden, wenn die Partei klipp und klar Stellung zur Frage der Vaterlandsverteidigung genommen hätte, die man in der Schweiz zu eng als reine Militärfrage auffaßt. Aber diese Frage wurde schon vor dem Parteitag auf Februar vertagt, angeblich, damit sie erst „gründlich“ studiert werden solle, in Wirklichkeit — wie wir an dieser Stelle bereits gezeigt haben — aus opportunistischen Erwägungen. Da

blieb nichts anderes übrig, als in der Stellungnahme zu den Kientaler Beschlüssen den internationalen und revolutionären Charakter der Partei klar zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag Grimm sprach die Zustimmung zu den Kientaler Beschlüssen im allgemeinen aus. Wenn man aber wußte, daß in den Sitzungen der Parteileitung die Führer der Rechten, wie Greulich, ausdrücklich erklärt haben, ohne den Widerspruch des Genossen Grimm hervorzurufen, daß durch den Antrag Grimm die Stellungnahme zu der Militärfrage gar nicht berührt werde, so durften die Radikalen sich mit der Resolution Grimm nicht abspeisen lassen. Sie brachten eine Resolution ein, die aus den Beschlüssen von Kiental drei Stellen zitierte, deren Bekräftigung das Minimum war, wenn die Zustimmung zu den Kientaler Beschlüssen keine Phrasen sein sollte. Die Resolution beherzigte, daß die Stellung zum Krieg nicht abhängig sein kann von der strategischen Lage, daß die Sozialisten der neutralen Länder mit allen Mitteln gegen die Kriegsgefahr zu kämpfen haben und daß, falls er trotzdem ausbricht, weder die Massen noch ihre Führer den Kampf unterbrechen dürfen. Was konnte dagegen seitens Genossen angeführt werden, die auf dem Boden der Kientaler Beschlüsse stehen? Nichts! Trotzdem suchte Grimm, der Vorsitzende der Kientaler Konferenz, die Zurückziehung des Antrages zu erlangen, und als das nicht gelang, die Stellungnahme zu Kiental in einer Nachsitzung durchzupeitschen. Die Radikalen widersetzten sich dem; sie stimmten dem Antrag auf Verschiebung der Frage bis zum außerordentlichen Parteitag zu, der Februar nächsten Jahres stattfinden soll. Sie hatten insofern recht, als die Verschiebung besser ist als die Durchpeitschung, die bezweckt wurde.

Daß es sich, soweit die Parteileitung in Betracht kam, bei der Annahme der Resolution Grimm um ein wirkliches internationales Bekenntnis handeln würde, das beweist am besten die Rede des typischen Zentrums-politikers, des Genossen Otto Lang, der als offizieller Referent Tränen über die Spaltung zwischen den Sozialpatrioten aus dem Grüttliverein und den „Internationalisten“ aus der Partei vergoß. Wir ehren die Gefühle dieses sehr verdienten Genossen; aber so lange man bei der Scheidung von den Sozialpatrioten tiefes Leid empfindet, kann man sie trotz aller Resolutionen nicht ernsthaft bekämpfen.

Aber vielleicht legte der Parteitag nur in den „ungeklärten“ internationalen Fragen Taghaftigkeit an den Tag? Vielleicht war er entschieden und klar in den